

"Sozialhilfe - nein danke ?"

Empirische Daten zur Nicht-Inanspruchnahme berechtigter Sozialhilfe (2003)

Pressekonferenz 11. Juli 2007

Michael Fuchs



EUROPEAN CENTRE
FOR SOCIAL WELFARE POLICY AND RESEARCH
AFFILIATED TO THE UNITED NATIONS

• EUROPÄISCHES ZENTRUM
FÜR WOHLFAHRTSPOLITIK UND SOZIALFORSCHUNG
• IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN VEREINTEN NATIONEN

• CENTRE EUROPÉEN
DE RECHERCHE EN POLITIQUE SOCIALE
• AFFILIÉ AUX NATIONS UNIES



Gliederung

- Leistungsbeschreibung Sozialhilfe
- Bezieher und Ausgaben
- Gründe Nicht-Inanspruchnahme
- Methode
- Ergebnisse Nicht-Inanspruchnahme
Österreich
- Internationaler Vergleich: Österreich in “guter”
Gesellschaft
- Und in Zukunft?



Leistungsbeschreibung Sozialhilfe

- Fokus: Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts (Geldleistungen offene SH)
- Subsidiäre Leistung der Länder (Einsatz eigener Mittel und von Dritten)
- Bedarfsprüfung: grundsätzlich jegliches Einkommen und Vermögen berücksichtigt (allerdings z.T. gewisse Ausnahmen)
- Regress
- Richtsätze, Mietbeihilfen, Heizkostenbeihilfen je nach Bundesland

Bezieher/HH (in % Bev.) und Ausgaben



	2003	2004
Bezieher	103.000 (1,3%)	114.000 (1,4%)
Haushalte	63.000 (1,9%)	70.000 (2,0%)
Ausgaben	235 Mio. EUR (0,1% BIP)	260 Mio. EUR (0,1% BIP)

- 2/3 der Bezieher in Wien
- Zunahme Bezieher seit 1995 (63.000): +83%:
in erster Linie „working poor“, Arbeitslose



Gründe Nicht-Inanspruchnahme

- Stigmatisierung
- Vermeidung behördlicher “Zugriff”
- Informationsmangel
- Unsicherheit über Entscheidung
- Regress
- Bei kleineren Beträgen “Aufwand” zu hoch, etc.



Methode

- Repräsentativer Datensatz mit Einkommensdaten auf Haushaltsebene (EU-SILC: Statistik Austria)
- Ermittlung Anspruchsberechtigung mit Steuer/Transfer-Simulationsmodell
- Vergleich mit administrativen Daten
- Gegenüberstellung mit Transferbeziehern laut EU-SILC

Hauptergebnisse (2003): alle Anspruchsberechtigten/ zustehenden Ausgaben = 100%



- Non-Take-Up Haushalte: 49-62% (rd. 80.000 von gesamt rd. 145.000)
- Non-Take-Up Ausgabenebene: 40-55% (rd. 215 Mio. EUR von gesamt rd. 450 Mio. EUR)
- Geringer auf Ausgabenebene, da eher größere Beträge in Anspruch genommen werden (Hypothese: Aufwand zahlt sich aus)
- In Wien wesentlich geringerer Non-Take-Up (Hypothese: [weniger] Stigmatisierung, [weniger] Informationsmangel)

Weitere Ergebnisse (2003) nach Bevölkerungsgruppen



- Signifikant höhere Inanspruchnahme bei
 - Niedriger Bildung
 - Arbeitslosigkeit
 - Inaktivität
 - Haushalten mit Kindern
- Hypothese: Anspruchsberechtigung auf höhere Beträge; späterer Regress unwahrscheinlicher

Internationaler Vergleich: Ö bei Non-Take-Up Sozialhilfe in „guter“ Gesellschaft



- Empirische Untersuchungen (Haushaltsebene)
 - DE 2002: 67%
 - FR 1994-96: 35-48%
 - NL 1990: 53-63%
 - SF 1996-2003: 48-60%
 - UK 1996: 30-50%
- Non-Take-Up weitverbreitetes Problem bedarfsgeprüfter Leistungen; gewisse Unterschiede je nach genauer Leistungsgestaltung und Land



Und in Zukunft?

- Non-Take-Up bedeutet zunächst, dass zielgerichtete Leistungen die Zielgruppe häufig nicht erreichen
- Problematisch in puncto Armutsbekämpfung
- Schwierig, Kosten und Folgen von Reformen zu prognostizieren
- Aber: Reformen können auch Inanspruchnahme-Verhalten ändern

Reformoptionen Sozialhilfe: weg von „Bittsteller“-Image zu (wahrgenommenem) klaren Rechtsanspruch



- Vereinheitlichung Leistungen, Verfahren, Einkommens- und Vermögensanrechnung
- One-desk-Prinzip
- Abschaffung Regress vom Empfänger
- Schaffung von Arbeitsanreizen (evtl. mehr Freibeträge)
- Mehr Information und Beratung
- Geplant: Bedarfsorientierte Mindestsicherung



Europäisches Zentrum
für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung

www.euro.centre.org